Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 12-1

Rubrik: Dossier : Islamismus : kein Grund der Entwarnung

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Khalid Durán
ist Vorsitzender der Ibn-Khaldun-Gesellschaft, eines internationalen Kulturvereins, und Redaktor der in Washington herausgegebenen politischen Vierteljahreshefte «TransState Islam».

«Das stärkste Beben kommt erst noch»

Zum Anschlag von Luxor

«Wer steckt dahinter? Was bewegt die Attentäter?» sind Fragen, die bei Terroranschlägen der Grössenordnung von Luxor nicht ausbleiben. Khalid Durán nimmt «Das Kalifat», eine Kampfschrift, die mit ihrer islamistischen Terroristen-Theologie auch gleich die Strategien totalitärer Gewalt verkauft, kritisch unter die Lupe.

Die ägyptischen Islamisten wollen den Tourismus, eine Hauptquelle der Wirtschaft ihres eigenen Landes, zerstören. Dadurch soll die Misere noch unerträglicher gemacht und ein Massenaufstand gegen die ihnen verhasste Regierung *Mubarak* ausgelöst werden. Doch weshalb geben sie sich so bestialisch? Die Brutalität ihrer Vorgehensweise bringt ihnen doch keine Sympathien ein.

Bei der Festnahme der islamistischen Eiferer, die 1993 fast die beiden Wolkenkratzer des New Yorker World Trade Centers zum Einsturz brachten, fand man eine Fülle von arabischen Schriften, meist Anleitungen zur Bombenherstellung, daneben aber auch religiöse Abhandlungen. Diese «Terroristen-Theologie» gibt Aufschluss über die Geistes- bzw. Gedankenwelt der Attentäter, ihre Motive und Inspirationsquellen.

Die 64 Seiten starke Abhandlung «Das Kalifat» wurde in den USA verfasst, allerdings erst nach dem Anschlag auf das World Trade Center, sozusagen als Fortsetzung des Kampfes. Als Herausgeber und Verfasser zeichnen zwei Brüder *Topchi-Husaini.* Sie bekennen sich zur ägyptischen Untergrundbewegung AL-GAMÁ 'A AL-ISLAMIYA («Die Islamische Gemeinschaft»). Diese wird dem in den USA einsitzenden Prediger *'Umar 'Abdu-r-Rahmán* zugerechnet, der bereits als geistlicher Berater der Mörder von Präsident *Sadat* vor Gericht stand. Das Blutbad von Luxor sollte dazu dienen, der Forderung nach Freilassung des aufrührerischen Rechtsgelehrten Nachdruck zu verleihen.

Gewidmet ist die Schrift denjenigen, *«die Waffen tragen, weil sie klar erkannt haben, dass die Tyrannen keine andere Sprache verstehen; gewidmet unserem lieben Shaikh ('Umar 'Abdu-r-Rahmán), der geduldig auf seine Stunde wartet, der Widerstand leistet wie ein Berg und Wellen schlägt wie der Ozean, dem Erdbeben-Shaikh, dessen stärkstes Beben erst noch kommt».*

Den Autoren geht es darum, *«den Ruhm unserer muslimischen Ahnen wiederherzustellen».* Sie wollen erleben, wie *«die beschlagnahmten Länder zurückgegeben werden und des Propheten Weissagung, nämlich ‹Rom wird Euch gehören›, sich erfüllt und der Islam überall vordringt».*

«Das Kalifat» spiegelt die Rivalität der beiden wichtigsten Untergrundbewegungen Ägyptens wider: AL-GAMÁ 'A und AL-GIHÁD. AL-GAMÁ 'A wird von einem Blinden geführt, *'Umar 'Abdu-r-Rahmán* (gemeinhin als Shaikh tituliert, obwohl ihn viele seiner Anhänger lieber Doktor nennen). Der Führer von AL-GIHÁD heisst *'Abbúd Az-Zumr* und befindet sich seit der Ermordung von Präsident *Sadat* (1981) in Haft. Seit Jahren schon ist in den arabischen Medien die Rede vom Wettkampf zwischen dem Blinden *(darír)* und dem Gefangenen *(asír).* Inzwischen sitzt zwar Shaikh *'Umar* selbst ein, doch das Wortspiel wird fortgeführt.

Nach dem Gemetzel von Luxor ist allerdings viel die Rede von einer Wiederver-

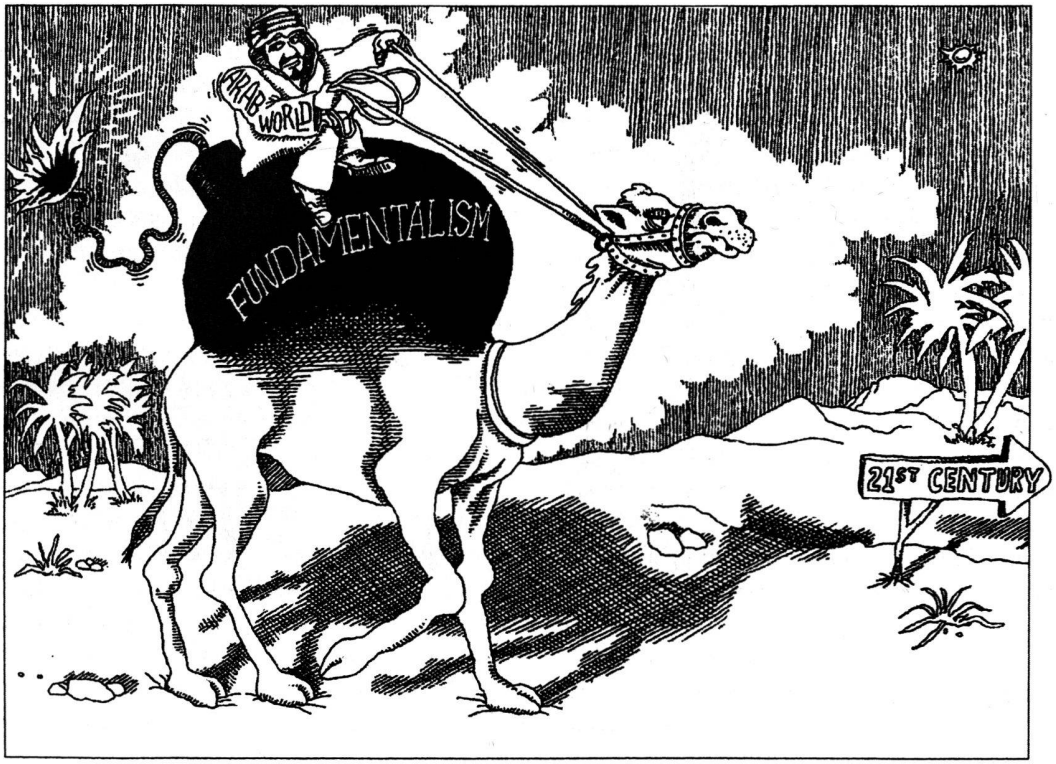
einigung der beiden Verbände des «Anarcho-Islamismus». In Ägypten inhaftierte Führer beider Gruppen hatten zu einer Feuereinstellung aufgerufen. Die Luxor-Attacke war ein Bekenntnis zu den ins Ausland geflohenen Führern beider Gruppen, die von einem Waffenstillstand nichts wissen wollen. Daher Präsident *Mubaraks* Wut auf England, dort leben nämlich nicht nur zwei zum Tode verurteilte Anführer der ägyptischen Terroristen, sondern auch deren Sympathisanten aus Algerien, Tunesien, dem Sudan und anderen Staaten.

Der Traktat ist eine Entgegnung auf *Magdi Salím,* vormals Anführer der «Avantgarden der Eroberung», einer von mehreren GIHÁD-Unterabteilungen. In einem Interview mit der Tageszeitung «Al-Hayát» hatte der in Kairo inhaftierte *Salím* betont, laut islamischem Gesetz dürfe ein Behinderter keine Führungsrolle wahrnehmen, deshalb könnten sie Shaikh *'Umar* nicht Gefolgschaft leisten. Ausserdem kritisierte er die Terroranschläge der GAMÁ'A als stümperhaft und unzweckmässig. AL-GIHÁD ist gegen Anschläge auf Touristen, Christen (Ägyptens Kopten) und Polizisten.

Wie schon bei früheren Anschlägen versichern einige Sprecher von AL-GAMÁ'A auch jetzt wieder, die Bewegung habe eigentlich nichts gegen die Touristen an sich, nur sollten sie zuhause bleiben, damit sie nicht ins Kreuzfeuer der Auseinandersetzung zwischen AL-GAMÁ'A und der Regierung geraten. Schliesslich habe man immer wieder vor Ägyptenbesuchen gewarnt.

So gibt es innerhalb der beiden Untergrundbewegungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Kampfmethoden, gleichzeitig aber ein Zusammenrücken der ins Ausland geflüchteten Kader, die befürchten, die in Ägypten inhaftierten Führer seien durch die lange Haft zermürbt. In der Ablehnung einer Mässigung sind sie sich alle einig. So enthält «Das Kalifat» einen Schmähbrief «An die MUSLIM-BRÜDER», die «Mutterpartei» der Islamisten in Ägypten und anderen arabischen Staaten. Heute gelten die BRÜDER als islamistisches Establishment bzw. als Moderate unter den Islamisten, im Gegensatz zu den «Anarcho-Islamisten», und werden im «Kalifat» gegeisselt:

«Einst wollte jedermann Mitglied bei den MUSLIM-BRÜDERN sein, doch dann sagten sich alle jungen Leute von ihnen los und schlossen sich anderen Gruppen an. Die MUSLIM-BRÜDER waren naiv genug, die Regierung zu unterstützen und sich an den Gewerkschaften, Gemeindeverwaltungen usw. zu beteiligen. Als die Regierung



Aus: Time Magazine

ihnen dann einen Tritt versetzte, mussten sie das hinnehmen (...) Haben wir nicht gesagt, dass sie den Zug verpasst haben? Die jungen Leute griffen zu den Waffen, um sich der Tyrannen zu entledigen, dagegen traten die BRÜDER als Partner des Staates auf.»

Kulturelle Apartheid und ägyptische Führungsrolle

Der zweite Teil des Traktats trägt den Titel «Verfassung». Darin heisst es unter anderem:

«Was Nicht-Muslimen erlaubt, Muslimen aber verboten ist, muss auf den Wohnbereich der Nicht-Muslime beschränkt bleiben. Es ist ein Verstoss gegen das Gesetz, derlei Dinge in die Wohngebiete der Muslime zu bringen oder sie offen zur Schau zu stellen.»

«Der Staat unterbindet die Mischung der Geschlechter in allen Büros und trifft die nötigen Vorkehrungen, damit die Bestimmungen der sharí'a eingehalten werden.»

«Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, entsprechend dem von der sharí'a festgelegten Rahmenwerk. Für Frauen werden bestimmte Berufe festgesetzt, so im Bereich der Ausbildung, der Medizin, der Krankenpflege und des Apothekerwesens.»

«Nicht-Muslime können nicht im Justizwesen tätig sein. Sie haben ihre eigenen Gerichte. Das gilt sowohl für religiöse Angelegenheiten als auch für die Beziehungen untereinander. Die Beschlüsse der Gerichte für Nicht-Muslime werden dem Justizminister zur Unterschrift vorgelegt. Nicht-Muslime können sich an muslimische Gerichte wenden. In solchen Fällen gibt es allerdings keine Revision, und sie können nicht wieder zurück zu ihren eigenen Gerichten wechseln.»

Die islamische Regierung Ägyptens soll gleichzeitig den Kern des Welt-Kalifats darstellen. Vertreter aller Herren Länder sollen in einem gesonderten «Parlament der Muslime» mit der islamischen Regierung Ägyptens assoziiert werden.

Angeführt wird die Liste der Auserwählten von Sudans *Turabi,* Tunesiens *Ghannushi* und Algeriens *'Abbasi.*

Da Shaikh *'Umar* aus seiner Begeisterung für *Khomeini* nie ein Hehl gemacht hat, verwundert es ein wenig, dass er Iran nicht zum Anführer bestellt. Saudi-Arabien wird namentlich nicht einmal erwähnt, stattdessen ist von der *«arabischen Halbinsel»* die Rede.

Nach dem Gemetzel von Luxor ist viel die Rede von einer Wiedervereinigung der beiden Verbände des «Anarcho-Islamismus».

Das Kalifats-Parlament wird von einem Triumvirat geleitet: *«Beisitzer zur Rechten, Doktor 'Umar 'Abdu-r-Rahmán. Beisitzer zur Linken, Shaikh 'Abdu-l-Hamid Kishk* (kürzlich verstorben).» Über die dritte Person lässt sich der Autor nicht aus, sondern begnügt sich mit der Feststellung, das Parlament werde den Präsidenten aus seinen Mitgliedern wählen, und zwar für eine Amtsperiode von drei Jahren.

Die Struktur ist nicht ohne Originalität und stammt von keinem der bekannten Islamisten-Ideologen, also weder von dem Pakistaner *Maududi,* noch von *Khomeini* oder dem Sudanesen *Turabi.* Im wesentlichen geht es wohl darum, *Umar 'Abdur-r-Rahmán* so hoch wie möglich zu plazieren, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, er strebe das höchste Amt an.

Schattenkabinett aus Islamisten und Nationalisten

Aufschlussreich sind auch die im Kalifat vorgenommenen Ernennungen: *«Der ehemalige Aussenminister Isma'il Fahmi wird Ägyptens Ministerpräsident.»* Der kürzlich verstorbene *Fahmi* trat aus Protest gegen *Sadats* pro-westliche Politik zurück. Mit einer solchen «Ernennung» bekräftigt Shaikh *'Umars* GAMÁ'A die von Sudan aus betriebene Allianz aus Links- und Rechtsextremisten. Der gemeinsame Nenner, auf dem sich arabische Nationalisten und Islamisten zusammenfinden, ist die Ablehnung «des Westens».

«General Sa'duddín Shádhili wird Oberbefehlshaber der vereinten islamischen Streitkräfte.» Shádhili widersetzte sich 1973 dem Waffenstillstand mit Israel, ging ins Exil und wurde in Abwesenheit verurteilt.

«'Abbúd Az-Zumr wird Chef des militärischen Geheimdienstes, im Rang eines Ministers.» Zumr war bereits Offizier im militärischen Geheimdienst.

«Dr. Aiman Az-Zawáhiri wird Innenminister. In dieser Eigenschaft wird er die Revolutionswächter befehligen.» Der zeitweilig in der Schweiz lebende Arzt *Zawáhiri* ist mit den zum Waffenstillstand neigenden GIHÁD-Chefs verkracht.

Die in «Das Kalifat» beschriebene Aufstellung von Komitees für Stadtviertel, Strassen und Häuserblocks folgt iranischem Muster. Das gilt auch für die Pläne

zur Massenmobilisierung, einschliesslich der Terminologie.

Abrechnung à la Khomeini: Selbst die Kaaba bietet keinen Schutz

Besonders «erbaulich» ist der Abschnitt mit den Ankündigungen der den Regimegrössen zugedachten Strafen:

«Husni Mubaraks Gerichtsverhandlung darf nicht länger als drei Stunden dauern. Er muss getötet werden, denn er ist vom Glauben abgefallen. Seine rechte Hand und sein linker Fuss sind abzuschlagen. In der Nacht wird er dann gekreuzigt. Sollte er am nächsten Tag noch am Leben sein, ist ihm der Kopf abzuschlagen.»

Folgende Personen werden erhängt: Aussenminister *'Amr Musa,* Präsidentenberater *Usama Al-Baz,* der frühere UN-Generalsekretär *Butros Ghali,* Innenminister *Hasan Al-Alfi* (inzwischen entlassen) und seine Vorgänger.

Einige Personen sind *«zu enthaupten. Sie dürfen auf keinen Fall Gnade finden, selbst wenn sie sich an den Vorhang der Kaaba klammern sollten.»* Dazu gehören neben dem Ministerpräsidenten und dem Landwirtschaftsminister auch der Chefredakteur der halbamtlichen Tageszeitung «Al-Ahrám».

Religiöse Würdenträger, die einen Beamtenstatus geniessen, sind öffentlich auszupeitschen. Dazu gehört auch *Ahmad Tantawi,* lange Zeit Ägyptens Grossmufti und heute Rektor der altehrwürdigen theologischen Hochschule Al-Azhar.

Wie mittelalterlich manche Denkweisen der «Anarcho-Islamisten» auch sein mögen, bleibt doch immer noch die Frage nach der Brutalität des Terrors, insbesondere dem in Luxor zur Schau gestellten Hang zu Verstümmelungen. Und wie unterschiedlich man auch immer den Islam interpretieren mag, gibt es doch einen Konsens, dass Verstümmelungen verboten sind (abgesehen vom Handabschlagen nach ordentlicher Verurteilung), ebenso das Töten von Zivilbevölkerung, speziell von Kindern, Frauen und Greisen. Dennoch erleben wir das fast täglich in Algerien und nun auch in Ägypten. Den Rechtsgelehrten in aller Welt fällt es nicht schwer, solche Untaten als unislamisch zu verdammen. Bereits im Zusammenhang mit den algerischen Massakern brachten arabische Presseorgane wie die Tageszeitung «Ash-Sharq Al-Ausat» und die Wochenzeitschrift «Al-Wasat» über viele Seiten hinweg ausführliche Stellungnahmen von zahlreichen Religionsgelehrten, die diese Greueltaten verdammen.

Den muslimischen Rechtsgelehrten in aller Welt fällt es nicht schwer, Verstümmelungen und Attentate auf Unbeteiligte, auf Frauen und Kinder, als unislamisch zu verdammen.

Nun haben aber mehrere hundert AL-GAMÁ'A-Kämpfer ihr Metier in Afghanistan erlernt, wo von einigen Islamisten das Morden im Stile Kambodschas eingeführt wurde. Die aus arabischen Staaten hinzugeeilten Freiwilligen haben mehr Terror ausgeübt, als Krieg geführt. Sie selbst waren nicht imstande, Gefangene zu machen. Ihrer Frustrationen entledigten sie sich unter anderem dadurch, dass sie sich von den afghanischen Mudschahedin Gefangene kauften, um diese dann zu Tode zu foltern. Über den Yemen und den Sudan sind manche jener Afghanistan-Veteranen nach Ägypten zurückgekehrt, wo sie sich über Jahre hinweg versteckt halten müssen, wodurch der psychologische Druck noch grösser wird. Der Chef der Mörderbande von Luxor ist ein «klassisches» Beispiel für die Art von Terroristen, die heute in Algerien, Ägypten und anderswo Gemetzel dieser Art verüben. Sein Werdegang führte ihn nach Pakistan und Afghanistan sowie über Yemen und Sudan zurück nach Ägypten.

'Umar 'Abdu-r-Rahmán wurde bei wiederholten Inhaftierungen in den achtziger Jahren gefoltert. Hier besteht ein Rachebedürfnis, ähnlich wie seinerzeit bei *Khomeini.* In seinem amerikanischen Gefängnis trägt man nun Sorge dafür, dass der zuckerkranke «Erdbeben-Shaikh» sich guter Gesundheit erfreut und gelassen auf seine Stunde warten kann, auf dass er noch, wie im Traktat seiner Gefolgsleute angekündigt, *«Wellen schlage wie der Ozean».* ✦

Stefan W. D. Spanik
ist 1940 in Mannheim geboren. Nach dem Studium der Geschichte, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg und Berlin war er 1979 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. 1989 bis heute Lehrer und Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

Irans Griff nach Massenvernichtungswaffen

Hintergründe und Ziele

Obwohl die neue Regierung Chatamis beruhigende Signale erkennen lässt, bleibt es trotzdem vorstellbar, dass Teheran in einer unvorhersehbaren Lage zu Massenvernichtungswaffen gegen die Ölförderländer am Golf greift. Unter bestimmten Umständen käme dies für den Westen einem Casus belli gleich.

Als 1984, während des ersten Golfkrieges, Bagdad die ersten Mittelstreckenraketen auf Teheran und andere iranische Städte lenkte, hatte das neben den erheblichen Opfern unter der Zivilbevölkerung auch weitreichende psychologische und politische Auswirkungen, weil die Angriffe den Iran zu einem Zeitpunkt äusserer Bedrohung, diplomatischer Ächtung und ohne entsprechende Abwehrwaffen trafen. Diese Schläge des dank westlicher Hilfe mit modernsten Waffensystemen operierenden Feindes unter Führung *Saddam Husseins* lösten in Teheran eine Aufrüstungswelle aus, die vom Wunsch nach dem Erwerb gleichwertiger und unter Umständen auch noch modernerer Massenvernichtungswaffen getragen wurde.

Der Iran setzte damals auf seine Wunschliste Trägerwaffen höherer Reichweite, versuchte, ABC-Kampfmittel[1] zu erwerben oder selbst zu entwickeln, um gegen eine erneute Überlegenheit irakischer Trägerwaffen gewappnet zu sein.

Die irakischen Angriffswaffen waren im ersten Golfkrieg (1984–88) sowjetischen Ursprungs. Mit Hilfe koreanischer und russischer Experten wurde damals die Scud B zur Al Husain-Rakete auf eine Reichweite von 450–520 km «getunt» und die Sprengkraft erhöht. Der Iran seinerseits verfügte noch Mitte der achtziger Jahre über keine Raketen mit annähernd gleicher Reichweite geschweige denn einer ebenbürtigen Sprengkapazität. Erst nach dem Ende des zweiten Golfkrieges (1992) waren die irakischen Raketenwaffen nebst ihren mobilen Abschussrampen zerstört, so dass Teheran ab 1993 nicht mehr mit einem waffentechnisch überlegenen feindlichen Nachbarn rechnen musste.

Im Jahr 1988 war es Teheran gelungen, eine eigene Raketenproduktion aufzubauen. Die ersten Tests wurden in jenen Tagen mit umgerüsteten chinesischen Oghab-Typ-83-Artillerie-Raketen und anderen mehr oder minder nachgebauten Raketenwaffen durchgeführt. Die Ergebnisse waren nach Auffassung der internationalen Waffenkontroll-Organisation recht bescheiden, denn die ersten iranischen Raketen hatten eine nur geringe Zielgenauigkeit[2]. Später erfuhr der Iran, besonders durch den Kauf der in Nordkorea in Lizenz gebauten russischen Scud-B-Raketen mit einer Reichweite um die 300 km und einer Sprengstoffkapazität bis maximal 1000 kg, eine «letzte Hilfe» aus dem vor dem Kollaps stehenden sozialistischen Lager. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Iran bis 1992 etwa zwischen 250 und 300 Scud-B- und 30 mobile Abschussrampen von Nordkorea erworben hat und diese in einem Halbkreis um Basra sowie vorwiegend am Ausgang des Golfes an der Strasse von Hormuz in mobile Stellung bringen konnte[3]. Weiterhin ist bekannt (s. Anm. 3, S. 418), dass der Iran auch die Scud C, eine weiterentwickelte Version der Scud B, sich seit 1991 über Nordkorea beschaffte. Unter der Aufsicht der Revolutionären Garde (Pasdaran) wurden zwischen 1994 und 1997 Raketentests mit speziellen Sprengköpfen durchgeführt. Heute dürften etwa 50 Scud-C-Raketen im Iran stationiert sein. Die Reichweite dieser Rakete beträgt 550 km, so dass vom Iran aus der gesamte kaukasische Raum, Bagdad und alle Emirate am Golf von diesen Lenkwaffen bedroht werden können. Dabei ist interessant, dass der Iran mit Syrien gemeinsam an einem Raketenwaffen-Projekt

1 ABC-Waffen: Atomare, biologische und chemische Kampfmittel.

2 Quelle: Joe Bermudez, Ballistic Ambitions Ascendant. In: Jane's Defence Weekly, April 10, 1993. S. 20–22 und The Proliferation of Ballistic Missiles, «fact sheet» der Arms Control Association vom März 1993.

3 Anthony Cordesman, Weapons of Mass Destruction in the Middle East, London, Washington 1991, S. 88–92. Anthony Cordesman, After the Storm: The Changing Military Balance in the Middle East, Boulder (Colorado), London 1993 S. 409.

arbeitet und beide Länder sowohl von Nordkorea wie Russland technische Hilfe erhalten. Heute besitzt der Iran auch dank chinesischer Unterstützung die bis zu 1200 km weit reichenden No-Dong-1- und 2-Mittelstreckenraketen. Diese Raketen wurden neben anderen der chinesischen M-Raketenserie, die über eine sehr hohe Zielpunktgenauigkeit verfügen, gerade drei Tage nach dem aufsehenerregenden Berliner «Mykonos»-Urteil[4], am 14. April 1997, von der iranischen Kavirwüste aus in ein Zielgebiet in der 950 km entfernten Wüste Lut geschossen. Derzeit darf man davon ausgehen, dass im Iran bereits die ersten Montageeinrichtungen für die Produktion von No-Dong- und anderen chinesischen Mittelstreckenraketen vorhanden sind, ja, die Testserien zum Einsatz im Iran selbst bereits die Grenze zur Serienfertigung überschritten haben. Obwohl der Iran inzwischen einen hohen technischen Leistungsstand in der Raketentechnologie erreicht hat, kooperiert Teheran auf diesem Gebiet besonders gut mit Rüstungsunternehmen aus dem einstigen sozialistischen Lager.

Selbstbeschränkung?

Nach dem Ende des zweiten Golfkrieges (1992) hat sich zwar die projektive Zusammenarbeit im Bereich der Raketenentwicklung etwas verlangsamt, sie ist aber, trotz des Vorrangs der petrochemischen und anderer mehr ziviler Wirtschaftsförderung, in strategischer Hinsicht von hoher Priorität geblieben. Der Iran hat das Bedrohungspotential des Iraks seit dem ersten Golfkrieg richtig einzuschätzen gelernt. Die bis vor kurzem anhaltende Ausgrenzung des Irans als «fundamentalistischer Gottesstaat», besonders durch die USA, hätte unter Umständen leicht kontraproduktive Folgen für die gesamte westliche Welt zeitigen können. Dies wäre vor allem dann der Fall gewesen, wenn Teheran aus Angst vor einer realen oder fiktiven Bedrohung heraus noch mehr aufgerüstet hätte. Selbst nach dem Wahlerfolg des liberalen Religionsgelehrten *Mohammud Chatami* zum Staatspräsidenten wird dem Iran immer noch ein Streben nach Atomwaffen unterstellt[5]. Die westliche Ächtung nach der Fatwa gegen *Salman Rushdie,* das Berliner «Mykonos»-Urteil und in dessen Folge das Ende des sogenannten «kritischen Dialogs» liessen die Gefahr einer verstärkten Aufrüstung und die Einigelung des Irans aufflammen.

Der Iran hat das Bedrohungspotential des Iraks seit dem ersten Golfkrieg richtig einzuschätzen gelernt.

Gerade in den Jahren 1991 bis 1995 nahmen sicherheitspolitische Sprecher des Irans an, dass Länder wie Afghanistan, Pakistan, die Türkei und Israel von den westlichen Industrieländern die Schlüsseltechnologie zur Herstellung chemischer Kampfmittel erhalten hätten. Entsprechend dieser Annahmen berichtete die offizielle iranische Nachrichtenagentur IRNA[6] in diesen Jahren wiederholt, dass sich der «*Iran das Recht zum Erwerb chemischer Kampfmittel, das Know-how zu ihrer Herstellung und die Technologie zum Bau entsprechender Trägerwaffen* (Cruise-Missiles) *vorbehalten wird... Wir müssen uns vor Feinden mit gleichen Kampfmitteln schützen können.*[7]» Der Iran benutzte das Drohpotential benachbarter Staaten zur Legitimierung eigener Kampfmittelforschung und Nachrüstung und liess seine Armee diesbezüglich operative Massnahmen vorbereiten. Trotzdem unterschrieb der Iran – ohne Wenn und Aber – 1993 die Chemie-Waffen-Konvention. Irans Ministerpräsident *Rafsanjani* hatte schon Jahre zuvor und 1993 erneut die Herstellung und den Einsatz solcher Waffen verurteilt: «*Es ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen, Atomwaffen, chemische Waffen und andere Massenvernichtungswaffen herzustellen, zu verbreiten oder einzusetzen*»[8]. Ohne Zweifel hatte sich zwischen 1990 und 1993 im Iran ein Umdenken vollzogen. Nach dem Scheitern des irakischen Krieges um die Vormacht am Golf und nach der Operation *Desert Storm* konnte Teheran selbst die Nonproliferations-Vereinbarungen akzeptieren. Gerade nach der irakischen Niederlage wollte der Iran als bedeutendes Ölförderland durch den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und die Duldung internationaler Überwachung in Europa und Asien Sympathien sammeln. Warum sollte also der Iran nicht völkerrechtsverbindliche Proklamationen – die schliesslich auch noch durch Verzögerung der Ratifikation hinausgeschoben werden konnten – verkünden und gleichzeitig als grosses, fast nicht zu kontrollierendes Land seinen ureigenen Rüstungsprogrammen nachgehen? In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass

4 Im sogenannten Berliner «Mykonos»-Urteil vom 10. April 1997 wurde die iranische Staatsführung von den Richtern des «Staatsterrorismus» beschuldigt und, ohne Namensnennung der verantwortlichen Minister, für die Ermordung von vier kurdischen Oppositionsführern mitverantwortlich gemacht.

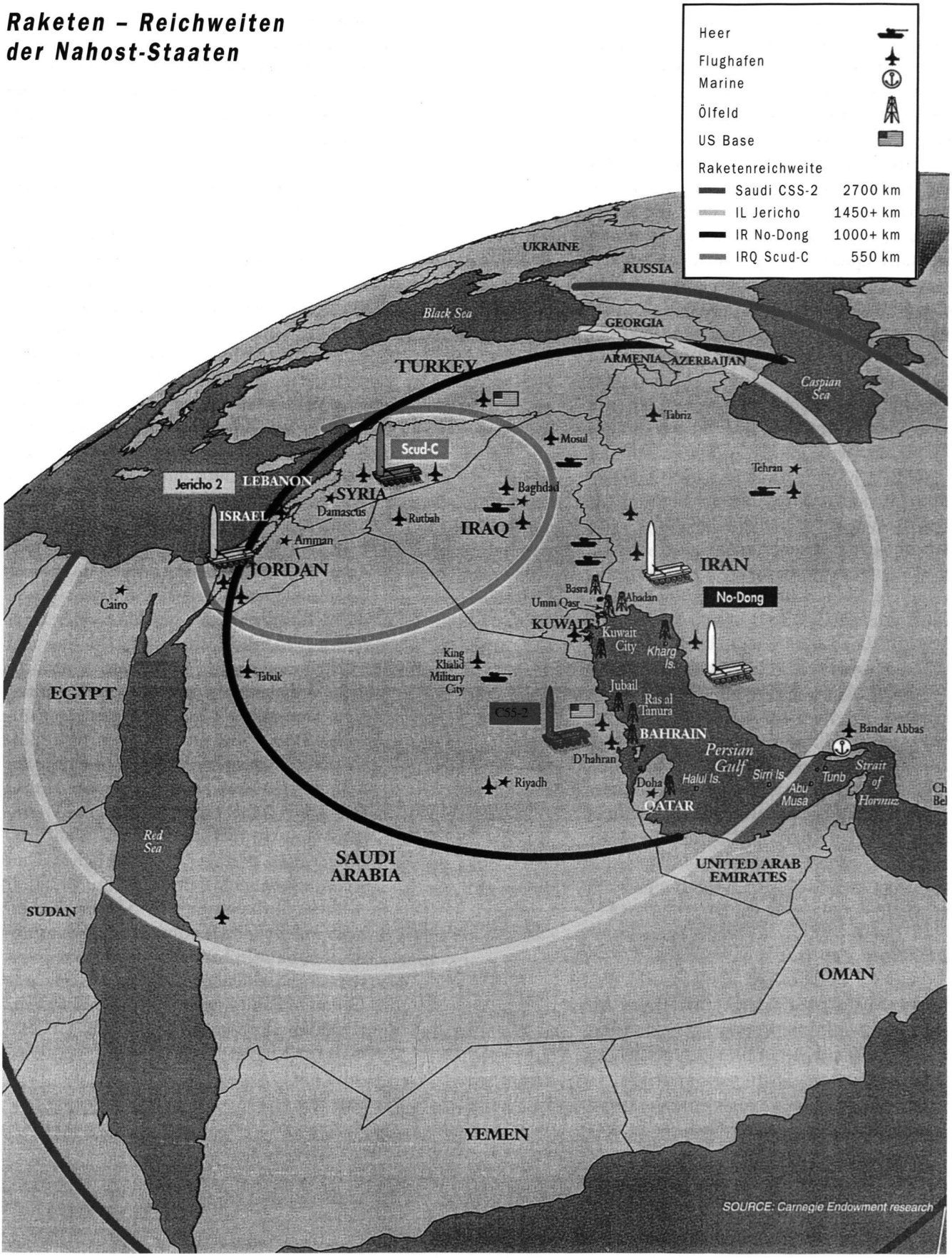
5 So die US-Interpretation nach den Auswertungen von Studien der Internationalen Atomenergie-Kommission über das Atomkraftwerk-Projekt in der Hafenstadt Bushehr.

6 IRNA: Islamic Republic News Agency.

7 So lautete die IRNA-Presseerklärung u.a. vom 15. März 1991, 28. August 1992 und vom 2. Februar 1993.

8 So Rafsanjani in der Stimme der Islamischen Republik Iran (IRI) vom 18. März 1990.

Raketen – Reichweiten der Nahost-Staaten



IRAK: Die geostrategische Zentralmacht am Golf. Quelle: Carnegie Endowment research.

sich nach 1990 das Misstrauen gegen amtliche Friedensbekundungen wegen der durch Nachrichtendienste aufgedeckten Bestrebungen des Irans, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, erheblich verstärkte. Aber schon davor waren vereinzelt Berichte aufgetaucht, denen zufolge bestimmte Industrien des Landes einen übergrossen Bedarf an Basisrohstoffen aufwiesen, der letztlich nur für die Herstellung von chemischen Waffen benötigt werden konnte[9]. Dass die «New York Times» Ende 1992, unter Berufung auf CIA-Quellen, darauf verwies, dass der Iran bereits die ersten, noch *«mangelhaften Prototypen chemischer Waffen»* erprobt habe und gerade dabei sei, diese zu *«verbessern und in Serienproduktion zu geben»*, sorgte in der westlichen Welt für erhebliches Aufsehen[10]. Jeder Sicherheitsexperte konnte sich damals an den fünf Fingern seiner Hand abzählen, in wieviel Jahren Teheran wohl in der Lage sein müsse, auch biologische und unter Umständen mit radioaktiven Stoffen versehene Sprengköpfe (wenn schon keine Atombomben) auf Mittel- und Langstreckenraketen zu montieren, um diese dann in einem über 1000-km-Radius punktuell zum Einsatz bringen zu können. Die fünf Finger haben sich inzwischen nach dem Raketentest vom 14. April 1997 zur Faust gegen die Machtdemonstration des Irans mit Trägerwaffen geballt. Ob die Faust des Westens aber auch zum vernichtenden Schlag gegen die Hochtechnologiezentren für Rüstungsgüter des Irans ausholt, ist sehr fraglich. Schliesslich ist nach der Regierungsübernahme *Chatamis* Anfang August 1997 eine gemässigtere liberale Regierungsmannschaft in Teheran ans Ruder gekommen.

Die Ziele des Irans

Die iranische Regierung misst heute die eigenen Rüstungsanstrengungen vorrangig an dem Rüstungsstand des potentiell gefährlichsten Gegners, des Iraks, in letzter Zeit aber auch zunehmend an demjenigen Israels, der Emirate und Saudi Arabiens. Nach dem zweiten Golfkrieg (1992) hat der Iran genug Erfahrung gesammelt, um das militärische Gleichgewicht mit Bagdad – seiner Einschätzung entsprechend – auch ohne substantielle Kontrolle durch die Vereinten Nationen oder die USA, selbständig aufrechtzuerhalten. Der Gottesstaat duldet keine «weltlichen Götter» über sich. Unter Beachtung der zukünftigen politischen Rivalen betreibt der Iran eine Verteidigungspolitik, die ihm im Bedrohungsfall ein aussenpolitisches Handlungsfeld zwischen Abschreckung und Vergeltung offenhält. Selbstverständlich kann es uns im Westen dabei nicht gleichgültig sein, ob dies mit dem ganzen geächteten Waffenarsenal von Minen über Giftgas bis zu biologischen und atomaren Kampfmitteln geschieht. Hinzu kommt, dass ein solches autonomes Verhalten einer mittleren Macht natürlich nicht in die postmoderne Sicherheitsarchitektur der westlichen Zivilgesellschaften passt, die gerade dabei sind, Sicherheit nur noch in übernationalen Verteidigungsbündnissen, unter der Schirmherrschaft der USA oder einer neuen UN-Ethik, zuzulassen. Können aber solche modernen, keinesfalls erprobten OECD-Sicherheitsformeln (nach denen etwa Demokratien keine Kriege gegeneinander führen) für den Rest der Welt Gültigkeit beanspruchen? Haben sie unter der UN, der US-Regierung oder in der NATO mit ihren noch immer nur sehr eingeschränkten völkerrechtlichen Kodifizierungen und geringen realrechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten überhaupt Bestand?

Tatsächlich waren die letzten sicherheitspolitischen Handlungen des Irans unter demokratischen Gesichtspunkten nur schwer einschätzbar. Die neue Regierung *Chatamis* kann hier im positiven Sinne die Gefahrenschwelle senken, indem sie erstmals für Klarheit sorgt. ✦

9 Besonders aus China, Indien und Grossbritannien wurden solche Rohstoffe in den Iran geliefert. Vgl. dazu: Sebastian Grant u. I. Mather, US. Halts British «Nerve Gas» Plant in Iran. In: Observer (London) 4. Februar 1990, S. 3 f. und A. Cordesman, a.a.O., S. 54 u. 56.

10 Elain Sciolino, CIA Says Iran Makes Progress on Atom Arms, New York Times vom 30. November 1992.